Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 82 (2007)
Heft: (6)

Artikel: Die Schweiz, die NATO und die Partnerschaft für den Frieden
Autor: Pfeiffer, Holger
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-717308

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz, die NATO und die Partnerschaft für den Frieden

Die NATO ist dankbar für die wertvollen Beiträge, die die Schweiz geleistet hat.

HOLGER PFEIFFER

Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges, auf dem Londoner NATO-Gipfel vom Juli 1990, hatte die Allianz den früheren Gegnern symbolisch die Hand der Freundschaft gereicht und gleichzeitig ein neues strategisches Konzept in Auftrag gegeben. Auf dem nächsten Gipfel, im November 1991 in Rom, wurde dann das neue strategische Konzept verabschiedet, das im Rahmen eines sog. umfassenden Ansatzes zur Sicherheitspolitik (broad approach to security) unter anderem eine engere Kooperation in Sicherheitsangelegenheiten mit allen europäischen Staaten vorsah. Gleichzeitig wurde jedoch, aufbauend auf der Londoner Erklärung, den ehemaligen Angehörigen des Warschauer Paktes, einschliesslich der inzwischen selbständig gewordenen baltischen Staaten, ein konkretes Angebot zur Institutionalisierung der Zusammenarbeit gemacht, die Schaffung eines gemeinsamen Nordatlantischen Kooperationsrats (NACC), der dann auch wenige Wochen später, im Dezember 1991, seine konstituierende Sitzung auf Aussenministerebene abhielt.

Dies führte in den kommenden Jahren, in denen wir uns darum bemühten, der Zusammenarbeit im NACC-Rahmen Substanz zu verleihen, unter anderem durch Schaffung einer Gruppe für Verteidigungsangelegenheiten (Group on Defence Matters), zu der etwas merkwürdigen Entwicklung, dass wir zu den ehemaligen Feinden eine engere Beziehung aufbauten als zu den anderen Mitgliedern der OSZE, obwohl diese, insbesondere die sog. Neutralen und Blockfreien, uns doch in vielem (gefestigte demokratische Regierungsform, Rechtsordnung, wirtschaftliche und technologische Entwicklung) deutlich näherstanden.

Diese Merkwürdigkeit wurde umso unbefriedigender, je deutlicher es wurde, insbesondere vor dem Hintergrund der schrecklichen Geschehnisse auf dem Balkan, dass sicherheitspolitische Zusammenarbeit nicht nur ein Mittel zur Versöhnung ehemaliger Gegner, sondern auch eine immer dringender werdende praktische Notwendigkeit war. In diese Situation hinein machten die Vereinigten Staaten auf der informellen Sitzung der NATO-Verteidigungsminister in Travemünde im Oktober 1993 den Vorschlag, die Zusammenarbeit im Rahmen des Nordatlantischen Kooperationsrats zu erweitern und zu intensivieren durch eine Partnerschaft für den Frieden mit allen Mitgliedstaaten der OSZE, die willens und in der Lage waren, dazu beizutragen. Daneben spielte gewiss auch der Wunsch eine wichtige Rolle, dem starken Drängen einiger NACC-Mitglieder auf Aufnahme in die Allianz mit einem Zwischenschritt, dem Angebot einer engeren institutionellen Zusammenarbeit im militärischen Bereich, entgegenzukommen und eine konstruktive Vorbereitung auf die Mitgliedschaft zu ermöglichen.

Dementsprechend wurde in den folgenden Monaten das Konzept für die Partnerschaft für den Frieden ausgearbeitet, mit der klar erklärten doppelten Absicht, diejenigen, die dies wünschten, auf eine spätere Mitgliedschaft in der Allianz vorzubereiten, und gleichzeitig denen, die keine Mitgliedschaftsambitionen hatten, die Möglichkeit zu enger Zusammenarbeit mit der Allianz zu bieten. Diese doppelte Absicht führte dazu, dass in den auf dem Gipfel von Brüssel im Januar 1994 verabschiedeten Grundlagendokumenten der PfP, der Einladung und dem sogenannten Rahmendokument (Framework Document) das Prinzip der Selbstdifferenzierung etabliert wurde, wenn auch ohne diesen Begriff ausdrücklich zu verwenden. Als einer von jenen, die intensiv an der Formulierung dieser Dokumente mitgewirkt haben, kann ich sagen, dass uns die Nützlichkeit dieses Prinzips zur Differenzierung nicht nur zwischen Mitgliedschaftsaspiranten und Nicht-Mitgliedschaftsaspiranten, sondern auch innerhalb der letztgenannten Gruppe erst so nach und nach bewusst wurde, nicht zuletzt als es unter anderem auch die Mitgliedschaft der Schweiz in der PfP ermöglichte.

Damit greife ich aber etwas voraus, denn es dauerte doch noch fast drei Jahre, vom Januar 1994 bis Dezember 1996, bis es so weit war. Zum Abschluss dieses ersten Teils meiner Bemerkungen möchte ich noch kurz etwas zu den Erwartungen und Hoffnungen sagen, die seinerzeit mit der Gründung der PfP verbunden waren. Aus der Sicht der NATO waren es, zusätzlich zu dem weiterhin bestehenden Wunsch, die alten Gräben zuzuschütten und zu einem entspannteren Verhältnis mit den ehemaligen Mitgliedern des Warschauer Paktes zu kommen, im Wesentlichen zwei, wie schon in der Doppelabsicht zum Ausdruck gekommen. Zum einen der Wunsch, den Prozess einer eventuellen Erweiterung der NATO durch ein geordnetes Verfahren zur Vorbereitung der Mitgliedschaftsaspiranten zu unterstützen, zum anderen der Wunsch, für die Bewältigung der sich abzeichnenden neuen Sicherheitsaufgaben, insbesondere auf dem Balkan, auch Unterstützung durch geeignete Partner ausserhalb der Allianz zu finden und für eine effektive Zusammenarbeit mit diesen Partnern die praktischen Voraussetzungen, speziell im Bereich Interoperabilität, zu schaffen.

Aus der Sicht der Partnerländer gab es auch einige Bedenken und die Befürchtung einiger Mitgliedschaftsaspiranten, dass die PfP in Wirklichkeit nicht als Vorbereitung, sondern als Alternative zur Aufnahme neuer Mitglieder gedacht war. Dies war offenbar auch die Erwartung Russlands, das deshalb anfänglich eine sehr positive Haltung einnahm. In dem Masse, in dem die Befürchtungen der Aspiranten abnahmen, weil sie sahen, dass es der NATO mit der Vorbereitung auf eine spätere Mitgliedschaft ernst war, nahm auch die russische Sympathie für die neue Einrichtung ab.

Aus der Sicht derer, die keine Mitgliedschaftsaspirationen hatten, gab es Bedenken, dass in Wirklichkeit die Vorbereitung (und vielleicht sogar Werbung) neuer Mitglieder doch der Hauptzweck der Unternehmung war und dass ihren Interessen des-

halb weniger Aufmerksamkeit geschenkt werden würde und ihre Zusammenarbeit mit der NATO zu Missverständnissen führen könnte.

Die tatsächliche Entwicklung der PfP in den kommenden Jahren, einschliesslich der Schaffung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats und der Aufnahme neuer Mitglieder in die Allianz und in die Partnerschaft, hat gezeigt, dass die Bedenken und Befürchtungen unbegründet waren und die Erwartungen und Hoffnungen erfüllt, vielleicht sogar mehr als erfüllt wurden.

Zunächst ein ganz pauschales Urteil: die NATO ist sehr zufrieden, und sogar mehr als zufrieden, nämlich dankbar für die wertvollen Beiträge, die die Schweiz in dieser Zeit geleistet hat. Und diejenigen, die an der Schaffung der Partnerschaft für den Frieden mitgewirkt haben, empfinden darüber hinaus auch noch ein wenig Stolz, dass sich unsere Idee so gut bewährt hat.

Die Schweiz gehört zusammen mit Schweden, Finnland, Österreich und Irland zu der kleinen Gruppe hoch entwickelter westeuropäischer Partnerländer, die ohne Ambitionen auf eine NATO-Mitgliedschaft sich nicht auf die Entwicklung eines bilateralen Verhältnisses zur NATO beschränken, sondern sich besonders aktiv für die Ziele der Partnerschaft einsetzen, unter anderem durch die Unterstützung anderer, weniger leistungsfähiger Partner.

Von den vielen Beiträgen, die die Schweiz leistet, sind als erstes die Beteiligung an den Operationen auf dem Balkan zu erwähnen, insbesondere die Entsendung einer militärischen Einheit im Rahmen der Kosovo-Operation, als Teil von KFOR. Wir wissen, dass dies vor dem Hintergrund des Schweizer Neutralitätskonzepts eine schwierige Entscheidung war. Umso mehr wissen wir diese Entscheidung zu schätzen. Die «Swisscoy», wie sie allgemein genannt wird, ist ein wertvoller Bestandteil der KFOR; durch sie trägt die Schweiz nicht nur einen Teil der Last dieser Operation, sondern kann mit gutem Grund auch einen Teil des Verdienstes dieser Operation für sich beanspruchen. Und wer die Entwicklung im Kosovo von 1997 bis 1999 bis zur Entsendung von KFOR verfolgt hat und das Risiko einer erneuten Tragödie wie in Bosnien erkannt hatte, der kann den Erfolg dieser Mission bis jetzt, trotz gelegentlicher Rückschläge, kaum hoch genug einschätzen.

Die Entsendung einer kleinen Zahl von Offizieren zur ISAF in Afghanistan ist zwar noch nicht von vergleichbarer operationeller Bedeutung, aber sie ist doch ein wichtiges politisches Symbol dafür, dass die Schweiz die Wichtigkeit dieser Operation erkannt hat und zumindest ein Signal ihrer politisch-moralischen Solidarität und Unterstützung für sie senden wollte.

Holger Pfeiffer erläutert die Bedeutung von PfP.

Als zweites, neben der Beteiligung an militärischen Operationen, sind die vielen Beispiele praktischer Beteiligung an und Unterstützung für PfP-Aktivitäten zu erwähnen, durch die die Schweiz ihr politisches, wirtschaftliches, technologisches und moralisches Gewicht in die Partnerschaft eingebracht hat.

Eine besonders wichtige Rolle spielen die Genfer Institutionen, das Centre for Security Policy (GCSP), das als PfP-Trainingszentrum anerkannt wurde, das International Centre for Humanitarian Demining (GICHD) und ganz besonders auch das Zentrum für die Demokratische Kontrolle von Streitkräften, allgemein unter seiner Abkürzung DCAF bekannt, die durch ihre Einrichtungen, ihre Kurse und ihre personelle und finanzielle Unterstützung von PfP-Aktivitäten und von Veranstaltungen «im Geiste der PfP» sich grosse Verdienste erworben haben.

Zu diesen drei Genfer Institutionen kommt dann noch das Zürcher ISN (International Relations and Security Network), das durch die Entwicklung und fortlaufende Unterstützung des PRIME, des elektronischen Informations- und Managementsystems, der PfP ein inzwischen unentbehrlich gewordenes Instrument zur Kommunikation und gegenseitigen Abstimmung zur Verfügung gestellt hat.

Zusammen mit den Leistungen durch staatliche Stellen, insbesondere auch die Trainingseinrichtungen der Armee und die finanzielle und organisatorische Unterstützung für PfP-Veranstaltungen, stellt dies einen überaus wertvollen Gesamtbeitrag zur Partnerschaft für den Frieden und zur Unterstützung ihrer Ziele dar.

Noch einige Worte zu den geografischen und thematischen Schwerpunkten der Schweizer Beiträge, wiederum aus persönlicher Sicht und ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

An erster Stelle ist das Schweizer Engagement auf dem Balkan zu nennen, das natürlich weit über den PfP-Rahmen hinausgeht und in vielfältiger Weise die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft unterstützt hat und immer noch unterstützt, die Krisen in dieser Region unter Kontrolle zu bekommen und zu überwinden. Hier ist viel erreicht worden, nicht zuletzt zur Beendigung der Kämpfe und zur Linderung der ärgsten Not der betroffenen Menschen, aber bis zu einer wirklichen Stabilisierung dieser Krisenregion bleibt noch viel zu tun.

An zweiter Stelle, jedenfalls aus der Sicht desjenigen Teils des NATO-Generalsekretariats, steht die Unterstützung, die wir bei der Zusammenarbeit mit der Ukraine von der Schweiz und insbesondere vom DCAF bekommen. Die Förderung demokratisch legitimierter, effektiver Sicher-

kein so offensichtlich drängendes Problem wie die Krisenbewältigung auf dem Balkan, aber auf längere Sicht für die Stabilität im euroatlantischen Raum von kaum geringerer Bedeutung. Es ist ein mühsamer Prozess, und wir sind deshalb besonders dankbar für die verlässliche Unterstützung, die wir dabei aus der Schweiz erfahren.

Als dritte geografische Region ist der Kaukasus zu nennen, ein Gebiet, das leider das Potenzial hat, als Krisenherd mit dem Balkan zu konkurrieren. Umso wichtiger, dass wir alle zusammen uns bemühen, Eskalationen zu verhindern und Entwicklungen in Richtung Stabilität zu fördern. Wir sind sicher, dass wir dabei auch weiterhin auf die Schweizer Mitwirkung rechnen können.

Die Schweizer Rolle in PfP thematisch zu würdigen ist noch schwieriger als die Auswahl geografischer Schwerpunkte, weil die Schweizer Beiträge so ziemlich die ganze Palette des PfP-Arbeitsprogramms umspannen. Dazu gehört insbesondere die Unterstützung der Sicherheitssektorreform in vielen Partnerländern, in denen nicht zuletzt die demokratische Kontrolle der Sicherheitssektoren reformbedürftig ist. Andere wichtige Themen sind Rüstungskontrolle, humanitäres Völkerrecht, der Kampf gegen den Terrorismus und die effektivere Kontrolle der Grenzen.

Schon in den Grundlagendokumenten der PfP war angekündigt worden, dass die NATO den daran interessierten Ländern die Beteiligung an einem «Planning and Review»-Verfahren anbieten würde. Dieses weitgehend dem Muster des NATO-Verteidigungsplanungssystems folgende Verfahren, inzwischen allgemein bekannt unter seiner Abkürzung PARP (Planning and Review Process), hatte als Hauptziel, die Interoperabilität zwischen den Streitkräften der NATO und denen des jeweiligen Partnerlandes zu fördern. Es bot und bietet aber darüber hinaus auch Gelegenheit, ganz allgemein an den Überlegungen innerhalb der NATO zur zeitgemässen Modernisierung und Umstrukturierung der Streitkräfte, am Reform- und Transformationsprozess beteiligt zu sein. Und schliesslich diente und dient es der gegenseitigen Transparenz im Bereich der Sicherheitspolitik und Verteidigungsplanung, ein Beitrag zur Vertrauensbildung, der vor allem im Verhältnis zwischen den ehemaligen Gegnern von Bedeutung war.

Die meisten PfP-Mitglieder schlossen sich dem PARP schon sehr schnell an, und inzwischen nehmen bis auf Russland und zwei oder drei der zentralasiatischen Länder alle PfP-Mitglieder daran teil. Die Schweiz entschloss sich erst 1999 dazu, ebenfalls am PARP teilzunehmen. Uns bot dies die willkommene Gelegenheit zu einem ersten offiziellen Besuch in Bern. Anlässlich dieses Besuches wurde uns schnell klar, warum die Entscheidung, sich am PARP zu beteiligen, nicht schneller gefallen war und dass es nicht leicht sein würde, dieses Verfahren mit Inhalt zu erfüllen. Während die kleine Gruppe derer, die sich im Verteidigungs- und Aussenministerium schon für die PfP-Mitgliedschaft eingesetzt hatten, auch dem PARP gegenüber sehr aufgeschlossen war, konnte man dies von einer nicht unbedeutenden Gruppe anderer Gesprächspartner bei diesem ersten Treffen nicht sagen. Insbesondere unter den Offizieren der Landstreitkräfte gab es offensichtlich erhebliche Vorbehalte, sich mit uns in ein Gespräch über Schweizer Verteidigungspläne einzulassen.

Botschafter Theodor Winkler, Direktor DCAF.

Diese Vorbehalte sind aber offenbar im Laufe der folgenden Jahre erfolgreich abgebaut worden. Gemäss unsern PARP-Experten ist die Zusammenarbeit inzwischen sehr eng und vertrauensvoll geworden. Das ist umso erfreulicher, als die Aufgaben, sich auf eventuelle gemeinsame Operationen vorzubereiten und insbesondere die Interoperabilität zu verbessern, keineswegs leichter geworden sind. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für das Verhältnis zwischen NATO und PfP-Mitgliedern, sondern auch innerhalb der NATO, und das, obwohl wir nicht erst seit ein paar Jahren, sondern seit mehr als einem halben Jahrhundert daran arbeiten. Vor allem zwei Gründe sind massgebend dafür, dass Interoperabilität kein demnächst zu erreichender Zustand, sondern eine permanente Aufgabe ist.

Der eine Grund ist natürlich die rasante technologische Entwicklung, die vor allem im Bereich der Kommunikations-, Aufklärungs- und Befehlssysteme immer wieder neue Interoperabilitätsprobleme schafft. Ein zweiter, vielleicht nicht so offensichtlicher Grund ist der Trend zu multinationaler Zusammenarbeit auf immer niedrigerer taktischer Ebene, vor allem bei den Landstreitkräften. Während des Kalten Krieges fand diese Zusammenarbeit hauptsächlich auf Korpsebene statt, allenfalls noch zwischen Korps- und Divisionsstäben unterschiedlicher Nationalität. Während der gegenwärtigen Krisenreaktionsoperationen findet sie dagegen oft auf Kompanieebene oder sogar darunter statt; die «Swisscoy» ist ein gutes Beispiel. Dadurch hat sich die Zahl der Fälle, in denen die Kompatibilität und Interoperabilität unterschiedlicher nationaler Systeme sichergestellt werden muss, dramatisch erhöht. Für die Kernaufgabe des PARP wird daher auf absehbare Zeit auch weiterhin Bedarf bestehen.

Wie weiter?

Bei ihrem Gipfeltreffen in Riga Ende November haben die Staats- und Regierungschefs der NATO ein Dokument verabschiedet, die sog. «Comprehensive Political Guidance (CPG)», die sich zum Ziel gesetzt hat, im Rahmen des weiterhin gültigen Strategischen Konzepts von 1999 Richtlinien für die Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der NATO für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre zu erteilen. Das Dokument, das veröffentlicht wurde, beginnt mit einer Lagebeurteilung, leitet daraus die sich

Holger Pfeiffer würdigt die schweizerischen PfP-Beiträge.

einer Lagebeurteilung, leitet daraus die sich für die NATO ergebenden Aufgaben und aus diesen die benötigten Fähigkeiten ab. Es enthält keine überraschenden neuen Ideen, stellt aber eine nützliche Zusammenfassung des gegenwärtigen Stands der sicherheitspolitischen Überlegungen in der Allianz dar.

In der Lagebeurteilung werden als die voraussichtlich wichtigsten Bedrohungen der Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und insbesondere deren mögliche Kombination genannt. Wichtige Risiken und Herausforderungen werden auch auf Gebieten wie der Sicherheit der Versorgung mit kritischen Rohstoffen, Gefährdung der alle Bereiche des Lebens betreffenden Informationssysteme (Stichwort «cyber warfare») und der Notwendigkeit, auf asymmetrische Kriegführung vorbereitet zu sein, gesehen. Die Wahrscheinlichkeit eines grossen konventionellen Angriffs auf ein Allianzmitglied wird auf absehbare Zeit für sehr gering erachtet, dennoch kann die Möglichkeit klassischer zwischenstaatlicher Konflikte nicht ausser Acht gelassen werden, und die künftigen Streitkräfte müssen deshalb in der Lage sein, die ganze Bandbreite möglicher militärischer Konflikte abzudecken.

Mit besonderer Dringlichkeit müssen diejenigen Fähigkeitsverbesserungen in Angriff genommen werden, die für die Fortführung und voraussichtlich weitere Entwicklung der zurzeit durchgeführten Operationen benötigt werden, insbesondere in Afghanistan und im Kosovo. Ein besonderes Charakteristikum dieser Operationen ist die Notwendigkeit, militärische und zivile Fähigkeiten der verschiedenen an der Lösung der Probleme beteiligten Akteure effektiv und einander ergänzend einzusetzen. Wie dies am besten zu erreichen wäre, ist seit einiger Zeit Gegenstand von Studien und Diskussionen in der NATO unter Stichwörtern wie EBAO (effects based approach to operations), CPA (concerted planning and action) und der Beitrag des Militärs zu Stabilität und Wiederaufbau. In Riga wurde daraus der Auftrag, einen so genannten «comprehensive approach» zu entwickeln, der sowohl innerhalb der NATO wie zusammen mit den Partnern der NATO und anderen internationalen Organisationen zu einer effektiveren Bündelung der jeweiligen militärischen und zivilen Fähigkeiten führen soll.

Gleichzeitig wurde in Riga der Auftrag erteilt, die verschiedenen Partnerschaften der NATO weiterzuentwickeln und zu stärken. Dies betrifft in erster Linie natürlich PfP und EAPC, aber auch die Zusammenarbeit mit den Ländern des Mittelmeerdialogs und der «Istanbul Cooperation»-Initiative sowie mit den anderen Ländern, den sogenannten Kontaktländern wie Japan, Australien, Neuseeland, Südkorea und Argentinien, mit denen wir bereits vielfältige Kontakte haben und die in unterschiedlicher Weise unsere Operationen unterstützen.

Was erwarten wir bei der Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben von der Schweiz? Ich kann dazu hier natürlich nur meine persönliche Meinung sagen, von der ich allerdings annehme, dass sie von vielen geteilt wird. Ich glaube, dass die Entwicklungen der letzten Jahre die schon vorher in vielen unserer Grundsatzdokumente aufgestellte These bestätigt haben, dass die Sicherheit der Länder des euroatlantischen Raums untrennbar ist. Wir müssen uns deshalb gemeinsam um die Verteidigung dieser Sicherheit, um Frieden und Stabilität bemühen. Die Partnerschaft für den Frieden stellt uns dafür einen guten Rahmen und vielfältige Instrumente zur Verfügung, die es im gegenseitigen Interesse zu nutzen gilt. Je leistungsfähiger ein Land ist, umso stärkere Beiträge sollte man von diesem Land erwarten.

Ganz konkret bezogen auf die Schweiz bedeutet das, dass zunächst einmal die Erwartung und Hoffnung besteht, dass sie sich weiterhin so effektiv wie bisher in die Partnerschaft einbringen wird. Darüber hinaus wäre zu begrüssen, wenn es sogar noch ein wenig mehr sein könnte wie bezüglich des Engagements in Afghanistan. Der Erfolg der Einsätze ist auch im Interesse der Schweiz; die Folgen eines Scheiterns dieser Operationen würden uns alle treffen.

Und eine letzte Anregung: wir haben kürzlich in der NATO die Rahmenbedingungen für eine Beteiligung von Partnern an der NRF, der NATO Response Force, beschlossen. Die NRF ist als Symbol der Transformation und Spitze des militärischen Fortschritts konzipiert. Gerade unsere hoch entwickelten westeuropäischen Partner wären ideale Partner für die NRF. Überlegen Sie es sich!

Holger Pfeiffer ist stellvertretender Generalsekretär und Leiter für Verteidigungspolitik und Planung der Streitkräfte im NATO-Hauptquartier.